

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/4301



Stadt Norderstedt
Der Oberbürgermeister

Stadt Norderstedt • Postfach 1980 • 22809 Norderstedt

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss

per Email

Zweite Stadträtin

Ihr(e) Gesprächspartner(in) Anette Reinders
Zimmer-Nr. 161
Telefon direkt 040 / 535 95 162
Fax 040 / 535 95 664
Datum 22.04.2015

Anette.Reinders@norderstedt.de

Weitere Informationen finden Sie auf der Rückseite.

Ihr Zeichen / vom
L 21

Mein Zeichen / vom

Anhörung im Innen- und Rechtsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags am 22.04.2015 zum Themenkomplex „Zuwanderung / Menschenwürdige Unterbringung sichern“

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

vielen Dank für die Einladung zur Anhörung im Innen- und Rechtsausschuss am 22.04.2015 zur Flüchtlingssituation in Schleswig-Holstein. Da ich bisher noch keine schriftliche Stellungnahme abgegeben habe, übersende ich Ihnen meine Schwerpunkte.

Die Situation vor Ort ist derzeit durch folgende Herausforderungen gekennzeichnet:

- Unterbringung und Wohnen
- Spracherwerb
- Ausbildung, Qualifizierung und Integration in den Arbeitsmarkt
- Soziale und kulturelle Integration und Teilhabe

Unterbringung und Wohnen

Je nach Lage auf dem Wohnungsmarkt stellt die Unterbringung der Flüchtlinge die Kommunen im Land vor unterschiedliche Herausforderungen. Insbesondere bei knappen Wohnraum, wie z.B. in der Metropolregion Hamburg, kann nur in seltenen Fällen eine Unterbringung der Flüchtlinge in angemieteten Wohnungen erfolgen. Auch der Bau von neuen Wohnungen bzw. von anderen Unterkunftsmöglichkeiten ist angesichts der stark zunehmenden Flüchtlingszahlen kurzfristig nicht zu realisieren, so dass vielerorts auf Mobilbauten zurückgegriffen werden muss. Dabei darf langfristig das Ziel einer dezentralen Unterbringung und die Schaffung von ausreichendem Wohnraum nicht aus den Augen verloren werden, damit nicht – wie in den 90er Jahren – Menschen über Jahre in Gemeinschaftsunterkünften leben. In diesem Zusammenhang sei noch erwähnt, dass es neben den anerkannten Gemeinschaftsunterkünften eine Vielzahl von Unterkünften im Land existiert, die ebenfalls als Gemeinschaftsunterkünfte anzusehen sind. Allein in der Stadt Norderstedt sind derzeit drei Gemeinschaftsunterkünfte mit insgesamt über 250 Plätzen vorhanden, eine weitere mit 120 Plätzen wird in der nächsten Woche in Betrieb genommen und drei weitere Standorte sind in der Planung. Insofern haben sich die Zahlen aus dem Bericht der Landesregierung zur de-

zentralen Unterbringung inzwischen vermutlich längst in der heutigen Verteilung überholt (S.14 des Berichtes).

Die Unterbringung der Flüchtlinge stellt die Kommunen vor eine finanzielle Herausforderung, denn auch wenn eine teilweise Refinanzierung der Unterkunftskosten durch das Land erfolgt, so sind in nicht unerheblichen Maße Investitionskosten nötig, um die erforderlichen Unterbringungsmöglichkeiten zunächst zu schaffen. Gleichzeitig gibt es vielerlei Hürden, z.B. im Bau- oder Vergaberecht, die kurzfristige Lösungen verhindern bzw. verzögern.

Spracherwerb

Ein wichtiger Schlüssel zur Integration ist der Erwerb der Sprache, der möglichst von Anfang an erfolgen sollte. Hier fehlen nicht nur abgestimmte Maßnahmen, sondern auch ein Gesamtkonzept, das verschiedene Bausteine der unterschiedlichen Ebenen (Bund, Land, Kommunen) miteinander verknüpfen. Die Schulung von Ehrenamtlichen, die oft auch erste Sprachkenntnisse vermitteln, sollte ebenso zu einem Gesamtkonzept gehören wie die Schaffung von Möglichkeiten, die Sprache praktisch anzuwenden, z.B. in Willkommen-Cafés.

Der Spracherwerb ist darüber hinaus eine wichtige Voraussetzung für die berufliche Integration, deshalb sind Qualifizierungsmaßnahmen und Beschäftigungsprogrammen mit Möglichkeiten der sprachlichen Weiterentwicklung insbesondere in Hinblick auf Fachbegriffe und Verständigung im Berufsalltag zu verknüpfen.

Ausbildung, Qualifizierung und Integration in den Arbeitsmarkt

Bei vielen Flüchtlingen ist eine hohe Motivation vorhanden, eine Ausbildung beginnen oder eine Arbeit aufzunehmen. In der Praxis lässt sich dieser Wunsch allerdings aus verschiedenen Gründen oft nicht umsetzen. Gründe sind u.a. ein oft nicht gesicherter Aufenthaltsstatus für die Dauer der Ausbildung, eine fehlende finanzielle Absicherung, Probleme beim Berufsschulbesuch oder vorbereitende Maßnahmen für die Integration auf den Arbeitsmarkt. Die Unternehmen vor Ort zeigen oft eine hohe Bereitschaft, Flüchtlingen den Weg in den Beruf zu ermöglichen, allerdings erwarten sie auch eine Unterstützung bei auftretenden Problemen.

Die vorhandenen Strukturen bei Jobcentern und Arbeitsagenturen reichen aus kommunaler Sicht nicht aus, um die berufliche Qualifizierung möglichst frühzeitig in die Wege zu leiten. Je nach Dauer der Asylantragbearbeitung vergeht eine Reihe von Monaten, oft über ein Jahr, bis eine Kompetenz- und Qualifikationsfeststellung erfolgt. Auch hier fehlt ein Konzept, das möglichst früh einsetzt, und den Flüchtlingen, z.B. auch über Praktika erste Schritte in der Arbeitswelt ermöglicht. Dies könnte auch wesentlich zur Integration der Flüchtlinge beitragen und die Sprachkompetenzen verbessern.

In der Stadt Norderstedt wurde im Dezember 2014 ein „Runder Tisch zur beruflichen Integration“ ins Leben gerufen, an dem unterschiedliche Akteure – von der Arbeitsverwaltung, über die Kammern bis zu einzelnen lokalen Betrieben – beteiligt sind, um die Rahmenbedingungen zu klären und die praktische Umsetzung voranzutreiben.

Soziale und kulturelle Integration und Teilhabe

Ziel der Landesregierung ist es, Flüchtlingen „gute Startbedingungen zu bieten und ihnen die Möglichkeit zu geben, sich von Anfang zu integrieren“ (Bericht der Landesregierung v. 26.08.2014, S. 6). Dies ist aus kommunaler Sicht uneingeschränkt zu unterstützen, denn die Integration findet vor allem vor Ort in den Städten und Gemeinden statt. Die Willkommens-

kultur, die sich im Land entwickelt hat, ist ein wichtiger Bestandteil der Flüchtlingspolitik und bedarf auch besonderer Unterstützung sowohl in materieller Hinsicht als auch in Form von Unterstützung durch Schulung, Informationsmaterialien und Austauschmöglichkeiten. Gleichzeitig gilt es, auch weitere Akteure wie Sport- und Kulturvereine für die Integration von Flüchtlingen und Migranten zu gewinnen.

Gerade in Hinblick auf Ängste in der Bevölkerung und der Gefahr von fremdenfeindlichen Aktivitäten müssen Möglichkeiten der Begegnung insbesondere im nachbarschaftlichen Bereich vorhanden sein. Wünschenswert wäre es auch, Beteiligungsstrukturen für Flüchtlinge, z.B. in Gemeinschaftsunterkünften, zu entwickeln.

Erwartungen aus kommunaler Sicht

Die Integration von Flüchtlingen wird nur gelingen, wenn dies als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden wird. Alle sind gefordert, die Bürgerinnen und die Bürger vor Ort, Arbeitgeber, Bildungsinstitutionen, Arbeitsagentur, Wohnungsbauunternehmen, Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Kommunen, Land, Bund und andere.

Aus kommunaler Sicht sind für die nächste Zeit vor allem folgende Maßnahmen wünschenswert:

- Organisation eines fachlichen Austausches zum Thema Unterbringung und Betreuung
- Bereitstellen von Informationsmaterialien
- Entwicklung von Handlungskonzepten und abgestimmten Gesamtkonzepten zu den oben genannten Themen als Unterstützung der Arbeit vor Ort
- Fachliche Unterstützung der Willkommensarbeit, Schulung von Ehrenamtlern
- Förderung von Sprachmittlern, insbesondere bei Behörden
- Fachliche Unterstützung beim Bau von Unterkünften (Best Practice)
- Abbau von Hürden für kurzfristige Unterbringungsmaßnahmen
- Vereinbarungen mit der Wohnungswirtschaft für die dauerhafte Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen
- Ausbildungs- und Qualifizierungsprogramme
- Einführung der Gesundheitskarte
- Finanzielle Entlastung der Kommunen

Es ist davon auszugehen, dass sich die Ursachen der derzeitigen Flüchtlingsströme nicht kurzfristig beheben lassen. Umso wichtiger ist es, dass sich die Flüchtlingspolitik im Land Schleswig-Holstein an langfristigen Perspektiven orientiert und die Kommunen vor Ort bei der Integration von Flüchtlingen unterstützt.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrage



Anette Reinders
2. Stadträtin